

Wahlfreiheit

Viel wäre für die familienpolitische Debatte gewonnen, würde man sich emotionslos darauf verständigen, dass man wirkliche Wahlfreiheit für Eltern will.

Wahlfreiheit heißt: Eltern müssen sich frei entscheiden können, ob sich Mutter oder Vater in den ersten drei Jahren ganz der Erziehung ihrer Kinder widmen wollen, oder ob die Eltern Kinderbetreuungsangebote in Anspruch nehmen möchten. Wahlfreiheit gibt es allerdings nur, wenn solche Angebote erreichbar und in ausreichender Zahl vorhanden sind. Darum muss man für eine ausreichende Anzahl solcher Angebote sorgen.

Das sind die Fakten. Um sie herum rankt sich ein großer Kranz von weiteren Argumenten, Einschätzungen, Gefühlen und auch Nebelkerzen. Wer sich für ausreichend viele Kinderbetreuungsangebote ausspricht, will weder Kindererziehung verstaatlichen, noch dem Kind schaden - sondern er will wirkliche Wahlfreiheit. Wer sich für ein gesellschaftliches Klima und für finanzielle Rahmenbedingungen ausspricht, die es möglich machen, dass sich Mutter oder Vater in den ersten drei Jahren ganz der Erziehung ihrer Kinder widmen können, will weder zurück ins 19. Jahrhundert, noch die Frauen auf bestimmte Rollenbilder festlegen - sondern er will wirkliche Wahlfreiheit.

Aus dem Eintreten für wirkliche Wahlfreiheit folgt auch die Forderung nach Respekt für die freie Entscheidung der Eltern. Und nach höchster Achtung für Mütter oder Väter, welches Modell sie auch wählen.

Stefan Vesper

13. Jg. Nr. 1 28. Februar 2007

Inhalt

Soziale Kapitalpartnerschaft Für mehr Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Kapital Karl-Josef Laumann	2
Arbeit vor Kapital Für ein höheres Gewicht der Arbeit in der Kapitalbildung Leopold Neuhold	4
Haben Sie schon Ihren Internet-Führerschein? Ermutigung zu verantwortungsbewusster Medienerziehung Hans-Peter Kaulen	5
Fairer Journalismus Das Institut zur Förderung des publizistischen Nachwuchses Isolde Fugunt	6
Verantwortung übernehmen und Lebensgrundlagen bewahren Mehr Leidenschaft für den Lebensstilwandel Renate Künast	7
Der Rat der Laien Aus einer zeitgenössischen Kirche nicht wegzudenken Gebhard Fürst	9
Herausforderungen Dritte Europäische Ökumenische Versammlung Ulrich Pöner	11

Soziale Kapitalpartnerschaft

Für mehr Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Kapital

Auf ihrem Bundesparteitag Ende November 2006 hat sich die CDU unter dem Stichwort "soziale Kapitalpartnerschaft" mit großer Mehrheit für eine Initiative zur Realisierung von Investivlöhnen eingesetzt. Sie knüpft damit an eine alte Forderung der Katholischen Soziallehre an.

Mit ihrem Beschluss zur sozialen Kapitalpartnerschaft nimmt die CDU eine Jahrzehnte alte Forderung der CDA-Sozialausschüsse auf und überträgt sie von der politischen Wunschliste hinein in die deutsche Realpolitik.

Mit der sozialen Kapitalpartnerschaft in Gestalt der betrieblichen Kapitalbeteiligung soll eine seit Jahren vertretene Forderung verwirklicht werden, wonach die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland einen fairen Anteil am Volkseinkommen erhalten müssen. Gerade der internationale Wettbewerb macht zur Sicherung von Arbeitsplätzen Standortvereinbarungen und betriebliche Bündnisse notwendig. Deshalb hält die CDA Maßnahmen für erforderlich, die die Teilhabe der Beschäftigten am Erwirtschafteten auf wettbewerbsverträgliche Weise gewährleisten. Das Votum von Dresden bestärkt die CDA in der Überzeugung, dass sie damit auch innerparteilich im breiten Konsens mit allen soziologischen Gruppen der CDU lebt und handelt.

Sozialpartnerschaft fördern

Sie ist weiterhin davon überzeugt, dass die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Kapital und am Erfolg der Wirtschaft ein Instrument ist, das die Sozialpartnerschaft fördert und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit helfen kann. Eine ganze Reihe nationaler, wie auch internationaler Studien belegen, dass Unternehmen, die ihre Belegschaften am Erfolg und / oder Kapital beteiligen im Endeffekt produktiver und damit wettbewerbsfähiger sind. Gelebte Partnerschaft im Unternehmen fördert das gegenseitige Vertrauen. Die Motivation der Belegschaften nimmt zu und stärkt damit die Bindung des jeweiligen Mitarbeiters an sein Unternehmen. Der Schritt vom "Ich" zum "Wir" ist Grundlage allen

sozialen Handelns in einer zunehmend auf Vereinzelung angelegten modernen Gesellschaft.

Mitarbeiterkapitalbeteiligung nützt nicht nur dem Arbeitnehmer. Mitarbeiterkapitalbeteiligung kann auch die Eigenkapitalbasis der Unternehmen stärken. Sie eignet sich damit zugleich auch als ein Baustein zur Lösung des allfällig bekannten Nachfolgeproblems in vielen mittelständisch geprägten Familienunternehmen.

Soziale Sicherung und gerechte Beteiligung

Kapitalbeteiligung der Belegschaften an dem Betrieb, in dem sie arbeiten, ist - aus Arbeitnehmer-sicht betrachtet - auch ein wichtiges Instrument zur Eigentumsbildung. Eigentum ist eine Grundlage für Einkommen und Vorsorge. Gerade die seit Jahren bekannte demographische Entwicklung der deutschen Gesellschaft mit allen sich daraus ableitenden Faktoren für die Bereiche "Beschäftigung" und "Alterssicherung" verlangt nach neuen Wegen, um mit langfristig angelegter Eigentumsbildung einen Beitrag zur Vorsorge für die Zukunft zu leisten.

Im Rahmen einer Sozialpartnerschaft, die diesen Titel auch verdient, schafft die Gewinn- und Kapitalbeteiligung einen fairen Anteil an dem wirtschaftlichen Erfolg, den die Belegschaften in den vergangenen Jahren nicht nur durch Fleiß und Engagement sondern auch durch spürbaren Nominallohnverzicht mit ermöglicht haben.

Überzeugungsarbeit

Natürlich muss man sich darüber im Klaren sein, dass die Mitarbeiterkapitalbeteiligung weder eine Wunderwaffe noch ein Allheilmittel darstellt im Kampf um die stetige Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen in unserem Lande. Auch bedarf es mancherorts noch der sachlichen Überzeugung sowohl bei Arbeitnehmern wie auch Betriebsinhabern. Dabei sollte man nicht mit "missionarischem" Eifer sondern mit guten Argumenten in die Diskussion eintreten. Und gute Argumente für das Projekt gibt es mehr als genug. Erste Signale aus den Verbänden der Wirtschaft und der organisierten Arbeitnehmerschaft bestätigen diese Einschätzung.

Wichtiges - wenn nicht sogar das wichtigste - Funktionselement der Kapitalpartnerschaft ist das Prinzip der Freiwilligkeit. Gesetzlicher oder tariflicher Zwang zur Vereinbarung von Mitarbeiterbe-

teiligungen - wie er z. B. in einigen Staaten der Europäischen Union vorgeschrieben ist, ist nicht unser Weg. Staatlich verordnete Zwangsbeglückung ist abzulehnen, ebenso wie zusätzliche staatliche Förderprogramme.

Allerdings muss der Staat Stolpersteine, die er teilweise selbst in früheren Jahren in den Weg gerollt hat, wieder beiseite schieben. Dabei kommt Korrekturen im Steuer- und Beitragsrecht zur Sozialversicherung ebenso Bedeutung zu wie den Regelungen zum Kapitalmarkt.

Vernetzung

Insgesamt wird es in einem Gesetzgebungsverfahren notwendig sein, die schon bestehende Angebotspalette - vom Vermögensbildungsgesetz über die betriebliche Altersversorgung bis hin zur "Riester" - Rente - mit dem neuen Element der Arbeitnehmer - Kapitalbeteiligung zu bündeln, zu vernetzen und im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsgesetzes in eine neue, zeitgemäße Form zu gießen.

Bei Steuern und Beiträgen wird es entscheidend darauf ankommen, den nachgelagerten Zugriff auf die über Jahre hinweg angesammelten Kapitalmengen gesetzlich zu verankern. Erst im Zeitpunkt der Kapitalausschüttung - im Idealfall bei Renteneintritt - sollen Fiskus und soziale Sicherungssysteme bedient werden.

Die Mitarbeiterbeteiligung soll auch in die steuerlich geförderte Altersvorsorge integriert und die bloße Steuerförderung - wie bei der Förderung nach dem Altersvermögensgesetz - um eine Zulagenkomponente ergänzt werden, die besonders im Interesse der Geringverdiener ist.

Auch die Option, die Mitarbeiterbeteiligung in eine "klassische" betriebliche Altersversorgung umzuwandeln soll zum einen geschaffen - und wenn sie denn faktisch genutzt wird - ebenfalls mit der nachgelagerten Besteuerung begünstigt werden.

Portabilität

Die Mitnahme von Kapitalbeteiligungen (die Fachleute sprechen hier von "Portabilität") bei einem Wechsel des Arbeitgebers soll möglich gemacht werden, ohne dass sich daraus Steuernachteile ergeben.

Eine Kapitalsammelstelle ist für den Fall vorzusehen, dass Mitarbeiter aus einem Unternehmen mit in ein solches ohne Kapitalbeteiligungsmodelle wechseln. Die Beteiligung wird dann dort "geparkt". Hierüber soll eine neutrale Kontrollinstanz wachen.

Sicherheit

Ein komplexes Thema im Rahmen des gesetzgeberischen Vorhabens ist die Insolvenzversicherung. Sie wird sich nach der Form und dem Charakter der Beteiligung zu richten haben. Dass dies für ein bewusst Risiko - orientiertes Anlageverhalten wie z. B. beim Aktienerwerb nicht in gleicher Form vorgesehen werden kann, wie bei der stillen Beteiligung, versteht sich von selbst. Was Risikokapital ist, muss auch im Rahmen der Mitarbeiterbeteiligung Risikokapital bleiben.

Bestimmte einfache Modelle wie etwa Mitarbeiterdarlehen und Wertguthaben (z.B. Arbeitszeitguthaben) sind schon heute im Kreditwesengesetz bzw. im sog. Flexi - Gesetz insolvenzgesichert. Hieran sollte man sich orientieren.

Die bisherige Förderung nach dem Vermögensbildungsgesetz kann und muss auch weiterhin für außerbetriebliche Beteiligungen nutzbar bleiben.

Wichtig ist auch die Einbeziehung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in das neue Projekt. Mit einem eigenen Programm speziell ausgerichtet auf Firmenübernahmen durch Belegschaften kann sie mithelfen, Nachfolgeregelungen in mittelständischen Unternehmen zu befördern bzw. überhaupt erst zu ermöglichen.

Das auf den Anlegerschutz bei Großkonzernen ausgerichtete Wertpapierprospektgesetz muss entbürokratisiert und mittelstandsfreundlich "verschlankt" werden.

Mitwirkungsrechte

Ein besonderes Augenmerk wird schließlich den Informations- und Mitwirkungsrechten der Kapitalgebenden Belegschaften im eigenen Unternehmen gelten. Ein sach- und fachkundiges Gremium (Beteiligungsrat) aus den Reihen der Belegschaft kann diese Rechte stellvertretend wahrnehmen.

Karl-Josef Laumann, MdL, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW, Bundesvorsitzender der Christlich - Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)

Arbeit vor Kapital

Für ein höheres Gewicht der Arbeit in der Kapitalbildung

Die Forderung nach einem Investivlohn wird in ihrer Tragweite erst auf dem Hintergrund der ethischen Wertung der Arbeit verständlich. Die Frage nach dem gerechten Lohn, muss heute auch in Bezug auf den Investivlohn diskutiert werden. In diesem zeigen sich nämlich Fragen der Gerechtigkeit, die über das direkte Arbeitsverhältnis hinausgehen und die Einbettung der Arbeit in den gesamten wirtschaftlichen Prozess betreffen.

Subjektstellung des arbeitenden Menschen

Arbeit gewinnt ihre Würde daraus, dass der arbeitende Mensch Person ist. Eine Person darf nicht zum Objekt abgewertet werden. Wegen der Gefahr, dass dies in der Arbeit geschehen könnte, gab es immer wieder ethische Bedenken gegen einen Arbeitsvertrag, der einen Menschen zum Objekt in den Händen eines Arbeitgebers zu degradieren in der Lage wäre. So wurde die Ersetzung des Arbeitsvertrages durch einen Gesellschaftsvertrag, der den arbeitenden Menschen Beteiligung am Unternehmen garantiert, gefordert. Diese Forderung traf in ihrer Radikalität auf Ablehnung. Unter der Voraussetzung, dass der arbeitende Mensch nicht für die Arbeit funktional gemacht wird, kann der Arbeitsvertrag ethisch gerechtfertigt sein. Natürlich muss er den Anforderungen der Gerechtigkeit entsprechen, auch was die Frage des Lohnes betrifft.

Der Arbeitsvertrag muss aber der Ausgestaltung durch Elemente des Gesellschaftsvertrages offen stehen. Ein solches Element stellen Schritte zur Zusammenführung von Arbeit und Eigentum dar. Dies kann schon aus Gründen der Produktivität wichtig und richtig sein, aber noch mehr aus Gründen der Förderung der Menschenwürde des Arbeitnehmers. Besitzt der arbeitende Mensch Eigentum an den Produktionsmitteln, wie es mit einem Investivlohn aufgebaut wird, so kann die Subjektstellung der Arbeitenden deutlicher zum Ausdruck gebracht werden.

"Arbeit vor Kapital"

Mit diese Vorrangregel ist die Gestaltung der Wirtschaft in einer Weise gefordert, die die Be-

dürfnisse des arbeitenden Menschen vor die Kapitalinteressen stellt. In der Wirtschaft von heute sind es aber im Gegensatz die Kapitalinteressen, die wenigstens zum Teil von der konkreten Entwicklung der Unternehmen abgekoppelt sind und die den Ton angeben. So stehen Kapital und Arbeit in einem Gegensatz, der sich etwa daran zeigt, dass oft die Aktienwerte von Unternehmen steigen, wenn Kündigungen durchgeführt werden. Mit dem Gesagten soll nicht einer Gegenüberstellung von Arbeit und Kapital das Wort geredet werden, sondern vielmehr einem höheren Gewicht der Arbeit in der Kapitalbildung, einer Rückkoppelung des Kapitals an die Arbeit. Die Vorrangregel Arbeit vor Kapital könnte durch den Investivlohn, der dem Gedanken der Formung des Kapitalmarktes durch Einfluss der arbeitenden Menschen auf diesen entspringt, verdeutlicht werden.

Aus Betroffenen Beteiligte machen

Das ZdK veröffentlichte im Jahr 1995 die Erklärung "Eine Gesellschaft von Teilhabern: für eine breitere Beteiligung am Produktivvermögen". Im Hintergrund steht die Vision einer Partnerschaft im Betrieb, die die Interessen aller Seiten wahrnimmt. Betroffene werden zu Beteiligten, indem sie Teilhaber werden. Ein von einem solchen partnerschaftlichen Verhältnis getragenes Unternehmen eröffnet Entwicklungschancen, die allen zum Vorteil sein können. Im Investivlohn wird das "Tua res agitur", das "Es geht um deine Sache" sichtbar. Dadurch könnte auch die Mitbestimmung im Unternehmen, wieder ein tragfähigeres, weil konkretes Fundament bekommen.

Mit dem Eigentum - unter der Bedingung, dass es breit gestreut und gerecht verteilt ist - bilden sich Chancen der Förderung der Eigeninitiative, Möglichkeiten der Eröffnung von Freiheit und Unabhängigkeit und Schritte zu einem Frieden, der auf Gerechtigkeit aufbaut, heraus. Wenn das Eigentum letzten Endes seine Berechtigung aus der Arbeit bezieht, so ist die Forderung nach Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand eine logische Folgerung. Mit dem Investivlohn, sind Möglichkeiten des Ausbaus der Subjektstellung der arbeitenden Menschen, Akzente in Bezug auf die Vorrangregel "Arbeit vor Kapital", Perspektiven der partnerschaftlichen Mit- und Zusammenarbeit in Betrieb, Stärkung der Arbeitnehmerposition zur gedeihlichen Zusammenarbeit im Betrieb eröffnet.

Univ.-Prof. Dr. Leopold Neuhold, Institut für Ethik und Gesellschaftslehre der Universität Graz

Haben Sie schon Ihren Internet-Führerschein?

Ermutigung zu verantwortungsbewusster Medienerziehung

Außergewöhnliche Gewaltakte, ausgeübt von Jugendlichen, haben zu einer Diskussion über den richtigen Weg des Jugendschutzes im Internet geführt.

Besuch im Internetcafé eines Jugendhauses: ein etwa 12jähriges Mädchen sitzt vor einem PC und unterhält sich über die Tastatur per "ICQ" mit einigen Freundinnen (ICQ ist ein Akronym für "I seek you" und die Bezeichnung für ein Programm zur Kommunikation über das Internet). Dazu hat sie auf dem Bildschirm vorher einen sog. "Avatar" angelegt, eine Art "Kunstgestalt" nach ihrer eigenen Phantasie. Neue Kommunikationschancen oder Gefahr durch Realitätsverlust?

Verharmlosung

"Frustr und Verzweiflung" ist ein Artikel in einer aktuellen Computerzeitung überschrieben. Er beschäftigt sich nach dem Amoklauf von Sebastian B. in Emsdetten mit dem derzeit diskutierten Verbot von "Computer-Killerspielen". Ein 14jähriger, mit dem ich über die Gefahren von bestimmten Computer- und Videospiele diskutiert hatte, brachte mir diesen Artikel als Beweis dafür, dass das alles " ... doch gar nicht so schlimm" ... sei. Beim Lesen des Artikels konnte ich meine Bestürzung nur schwer zurück halten: Boulevardsendungen vermittelten " ... nichts von der Magie, die ein Spiel ausübt ..." und dargestellte gezielte Todeschüsse in Computerspielen seien aus dem Zusammenhang gerissen und müssten deshalb dem gesunden Menschenverstand abstoßend erscheinen. Was nicht mitgeliefert würde, sei im konkreten Fall der Hintergrund des Mordes im Rahmen der Spielhandlung: "... nämlich dass dadurch Tausende Unschuldige überleben".

Allgegenwart

Bei Jugendlichen ist schon seit vielen Jahren ein verändertes Mediennutzungs- und Kommunikationsverhalten zu beobachten, das Handynutzungsverbot an bayerischen Schulen ist nur eine Reaktion auf das, was sich sonst nur schwer fassen und kontrollieren lässt: die Allgegenwart der Kommunikationsmittel und -Möglichkeiten, die

von Jugendlichen und auch schon von Kindern heute genutzt werden. Über die Gefahren wird viel berichtet, selten scheinen sie aber von Jugendlichen verifiziert zu werden und noch weniger werden sie mit ihnen diskutiert. Und: welcher Jugendliche verzichtet schon gerne auf die Erreichbarkeit über das Handy, wenn die Peergroup ihre Treffen nur noch über Handykontakt abspricht? Wer möchte beim neuesten Computerspiel nicht den höchsten Level erreichen? Und wie kommt man an Informationen und zu einem Bild von der Welt, wenn die Kommunikation in der Familie nicht mehr funktioniert? Was, wenn die Eltern der Jugendlichen angesichts der Schnelllebigkeit der Medien (Technik) und der Unüberschaubarkeit des Angebotes kaum noch mithalten können? Angesichts der überbordenden Probleme sind heute hauptsächlich Verbote und Reglementierungen in der Diskussion, verantwortungsbewusste Begleitung von Jugendlichen und Aufklärung von Multiplikatoren und Erziehungsberechtigten scheinen dabei aber eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Weg von Verboten

Wie wichtig aber gerade das Gespräch mit Jugendlichen über die Problematik der Medien/Kommunikationsmittel und deren Nutzung ist, wird selten in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen gestellt. Auch Jugendliche heute suchen nach Vorbildern und Anleitung. Weg von ausgesprochenen Verboten und Vorverurteilungen muss sich Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit deren Lebenswelt befassen und überlegen, wie gemeinsam mit ihnen sinnvoller Umgang und sinnvolle Nutzung der Medien und Kommunikationsmittel geschehen kann, die Gefahr des Missbrauchs eingeschlossen. Eltern/Erziehungsberechtigte gehören daher in die Schule: sie müssen sich dafür interessieren, wie ihre Kinder ihre Freizeit verbringen.

In der Jugendarbeit Ort sind drei Aspekte wichtig: 1. Aufklärung über die Gefahren der Medien und deren Nutzung, 2. Aufklärung von Eltern, Erziehungsberechtigten und Multiplikatoren, 3. Aufzeigen von konstruktiven und sinnvollen Möglichkeiten des Umgangs mit den Medien, Kinder und Jugendliche verbringen zu viel Zeit in der Einsamkeit der virtuellen Welten. Wir haben die Aufgabe, sie dort herauszuholen und zusammen mit ihnen auch die Möglichkeiten des "Cyberspace" zu entdecken. Machen Sie Ihren Internet-Führerschein!

Hans-Peter Kaulen, Leiter der Stiftung Jugendhaus Burg Feuerstein

Fairer Journalismus

Das Institut zur Förderung des publizistischen Nachwuchses

Seit fast 40 Jahren engagiert sich die katholische Kirche für die Aus- und Weiterbildung von Journalisten. Das Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses, kurz ifp, gegründet 1968 auf Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, hat heute seinen festen Platz unter den Journalistenschulen in Deutschland. Damit leistet die katholische Kirche einen beständigen Beitrag zum gesellschaftlichen Dialog, der Voraussetzung für eine lebendige Demokratie ist.

Journalisten, die zum ersten Mal mit dem ifp in Berührung kommen, reagieren zuweilen misstrauisch. Welches Interesse die katholische Kirche an der Ausbildung von Stipendiaten habe, die später bei nicht-konfessionellen Tageszeitungen und Rundfunksendern arbeiten, oder gar von Volontären an Tageszeitungen, die gar nicht viel mit Kirche zu tun hätten, wurde die Studienleiterin jüngst auf einer Journalisten-Fachtagung gefragt. Und inwiefern die Kirche Einfluss auf die vermittelten Inhalte nehme, wollte ein anderer Konferenzteilnehmer wissen. Solche Fragen sind glücklicherweise leicht zu beantworten. Spezielle katholische Richtlinien für die Ausbildung im ifp, die einen unabhängigen Journalismus gefährden würden, gibt es nicht. Ausgebildet werden nicht kleine Missionare, die den rechten Glauben in die Gesellschaft tragen sollen, sondern junge Christen, die auch außerhalb der Kirche dialogfähig sein müssen.

Journalistische Maßstäbe

Für die Aus- und Weiterbildung beim ifp gelten die gleichen journalistischen Maßstäbe wie in anderen vergleichbaren Institutionen: Objektivität, gründliche Recherche und ein gerüttelt Maß an Hartnäckigkeit und Neugier. Die Stipendiaten und Volontäre sind auch keine Heiligen. Sie lernen in Seminaren und Redaktionen aus ihren Fehlern, arbeiten an ihrer beruflichen Karriere und stellen sich dieselben Fragen wie ihre Altersgenossen: Soll ich noch ein Praktikum machen? Fehlt nicht doch die Auslandserfahrung im Lebenslauf? Kann ich Karriere und Familie zusammenbringen?

Der kirchliche Charakter des ifp wird in einem anderen Punkt deutlich: innerhalb der Jahrgänge wird ein christliches Miteinander praktiziert und von den Mitarbeitern bewusst gefördert - in Seminaren, Gottesdiensten, Besinnungswochenenden und gemeinsamen Wanderungen. Eine Stipendiatin hat dies jüngst so erlebt und in ihrem Jahresbericht beschrieben: "Wir sind eine Gruppe, die weniger in Konkurrenz als vielmehr gemeinschaftlich arbeitet. Eine gute Atmosphäre!"

Ethische Orientierung

Zwar gelten für alle Journalisten dieselben ethischen Normen, doch die fortwährende Diskussion dieser Fragen im ifp unterstreicht, dass hier Christen zusammenkommen und zusammen arbeiten. Dieses Profil schätzen auch viele der Auszubildenden. So zieht einer der Stipendiaten nach drei Jahren Ausbildung folgendes Resümee: "(...) die Fortbildung und die Diskussion über ethische Fragen (gehören) zur Kernkompetenz des ifp als kirchlicher Journalistenschule." "Ethik im Redaktionsalltag" heißt denn auch das vor zwei Jahren vom ifp in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Presserat herausgegebene Fachbuch, das Journalisten Hilfestellung in ethischen Alltagsfragen geben will. In Spezialseminaren werden zudem sensible Fragen wie die Diskussion um die Sterbehilfe oder der Umgang mit religiös-fundamentalistischen Gruppierungen aufgeworfen.

Selbstbewusste Christen

Die Frage nach dem eigenen Glauben stellt sich für viele Auszubildende zwar auch im Bezug auf ihre journalistische Arbeit, aber noch viel stärker im Austausch mit Altersgenossen, die den gleichen Berufsweg gewählt haben. Ein klares Bekenntnis zur eigenen Kirche ist zudem in spezifischen Alltagssituationen gefragt. Selbstbewusste Christen ja, Missionare nein - so könnte die Formel des ifp lauten. Missionarisch tätig werden sollen die ifp-Absolventen nur in einem Sinne: Sie sollen einstehen für verantwortungsbewussten und fairen Journalismus.

Isolde Fugunt, Studienleiterin für die Studienbegleitende Journalistenausbildung beim Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses.

(Bewerbungsschluss für die Studienbegleitende Ausbildung ist der 31. Mai, für die Volontäre in der kirchlichen Presse der 1. März.)

Verantwortung übernehmen und Lebensgrundlagen bewahren

Mehr Leidenschaft für den Lebensstilwandel

Klimaschutz ist eine "unaufschiebbare Aufgabe zur globalen Sicherung menschenwürdiger Existenz und zum Schutz der natürlichen Ökosysteme". Die Deutsche Bischofskonferenz erkennt in ihrer jüngsten Publikation "Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationaler und ökologischer Gerechtigkeit" ihre Verantwortung ausdrücklich an. Hierzu ein Diskussionsbeitrag von Renate Künast.

Was heißt das konkret? Maßnahmen gegen den menschengemachten Klimawandel müssen ganz oben auf der Agenda stehen. Wir müssen Verantwortung übernehmen: für unser Handeln heute, für unsere Kinder und künftige Generationen, denen wir einen lebenswerten Planeten hinterlassen müssen und für unsere Umwelt, Tiere und Pflanzen, die durch den Klimawandel bedroht sind. "Die Schöpfung bewahren", das ist der christliche Gedanke, der das zusammenfasst. Die Schöpfung bewahren und schonen, nicht übernutzen und zerstören, das ist es, was wir uns gemeinsam als Ziel setzen müssen.

Die Probleme von heute können nicht mit der Denkweise von gestern gelöst werden. Es bedarf vielmehr neuer Wege und Ideen, Innovationen und Vorreiter. Wie können Produkte mit weniger oder am besten keinem CO₂-Ausstoß hergestellt werden, wie kann Mobilität CO₂-neutral gestaltet werden, wie leben wir möglichst CO₂-neutral?

Klimaschutz ist globale Gerechtigkeit!

Den weiteren Klimawandel verhindern und Maßnahmen zur Anpassung zu ergreifen - das ist auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Arme Menschen in Entwicklungsländern sind am stärksten betroffen - vor allem von Dürre und Wassermangel. Erste Inseln sind bereits evakuiert worden, weil der Meeresspiegel steigt. Ein Temperaturanstieg von zwei bis drei Grad Celsius würde den landwirtschaftlichen Ertrag in Afrika um

30-40 Prozent senken. Aufgrund der steigenden Temperaturen breiten sich Malaria-Mücken weiter aus. Diese fordern schon jetzt über eine Million Opfer, 90% davon in Afrika.

Heute gibt es auf der Welt bereits mehr Umweltflüchtlinge als Kriegsflüchtlinge. Gleichzeitig haben vielen Menschen in Entwicklungsländern keinen Zugang zu Energie, zu Elektrizität. Energie ist aber ein wichtiger Schlüssel für wirtschaftliche Entwicklung. Und Armut lässt sich nur dann bekämpfen, wenn die Menschen Zugang zu Land, Wasser, Saatgut und Energieversorgung haben.

Die kommende Dekade ist die Zeit in der wir den Klimawandel stoppen müssen. Denn was nutzen den Menschen Absichtserklärungen aus den Industrieländern, wenn ihnen das Wasser buchstäblich schon bis zum Halse steht? Die Industrienationen sind für den Klimawandel verantwortlich und müssen massiv ihre Treibhausgasemissionen reduzieren. Die Entwicklungsländer brauchen Unterstützung bei einer wirtschaftlichen Entwicklung, die unsere Fehler möglichst nicht wiederholt.

Radikal fragen und konkret handeln

Klimawandel, Energiearmut und knappe fossile Brennstoffe erfordern ein Umdenken. Wir müssen mit neuer Radikalität kritische Fragen beantworten.

Der Klimawandel spiegelt die Fehlentwicklungen unserer modernen Zivilisation wider. Er zeigt uns, dass wir anders wohnen, anders mobil sein, anders unsere Lebensmittel produzieren müssen. Der Klimawandel ist neben der ökologischen längst zu einer ökonomischen Katastrophe geworden. Die Bischofskonferenz zitiert Sir Nicholas Stern, einen ehemaligen Chefökonom der Weltbank, der davor warnt, die Schäden könnten in wenigen Jahren bis zu 20 % der globalen Wirtschaftsleistung auffressen. Schon heute zahlen wir in Europa Unsummen für die Folgen des Klimawandels. Die Hitzewelle 2003 hat Schäden in Höhe von 10-17 Milliarden Euro verursacht, die Kosten der Flutkatastrophe 2002 betragen geschätzte 10-15 Milliarden Euro. Klimaschutz ist schon lange kein Wohlstandsthema mehr, das wir uns nur leisten können, wenn die wirtschaftliche Situation es zulässt. Ein stabiles Klima, produktive Böden, gutes Wasser, saubere Luft und biologische Vielfalt bilden die Grundlagen unserer Existenz. Kollabiert dieses natürliche System, dann kann das auch das Fundament unserer Zivilisation und Kultur erschüttern.

Realistisch sein und den Herausforderungen gerecht werden

Was wir brauchen ist eine Politik auf Augenhöhe der ökologischen und sozialen Herausforderungen. Die Bischofskonferenz spricht von "vielfältigen Widerständen", die es bei dem Problem Klimawandel zu überwinden gilt. Dazu gehört zum Beispiel das Verdrängen von unangenehmen Wahrheiten. In der Tat müssen wir uns fragen, ob weiteres Wirtschaftswachstum und Klimaschutz überhaupt miteinander vereinbar sind. Wir brauchen einen fundamentalen Kultur- und Lebensstilwandel.

Eine ökologische Wirtschaftsweise funktioniert aber nicht ohne einen verbindlichen staatlichen Rahmen, der Leitplanken vorgibt und verbindliche Vorgaben macht, wo freiwillige Vereinbarungen mit der Industrie keine Veränderung bringen. Die Zeit der Nachsicht für Klimasünder ist vorbei. Wir brauchen einen europäischen Ökologie-Pakt nach dem Vorbild des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mit verbindlichen Zielen und Zeitvorgaben - und mit Sanktionen bei Nichteinhaltung - Freiwilligkeit dauert zu lange!

Mehr Leidenschaft für den Lebensstilwandel

Eine neue Leidenschaft, um die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen - das ist mein Wunsch. Die Kunst besteht darin, nicht nur aufzurütteln, sondern mit guten Konzepten eine breite Mehrheit zu überzeugen. Weltweit gibt es etwa 2 Milliarden Christen. Wenn alle diese Menschen Respekt vor der Schöpfung täglich leben und damit beim Kauf ihres täglichen Brotes beginnen, dann wäre schon einiges getan. Denn die Kirche, die christlichen Verbände, die Gemeinden sind zentral bei der Verankerung einer anderen Lebensweise in der Mitte der Gesellschaft.

Umwelt ist vor allem ein Wert an sich. Wollen wir das würdigen, dann geht das nur mit einer ökologisch und sozialverträglichen, mit einer ganzheitlichen Lebensweise. "Im Klimaschutz fehlt es nicht an allgemeinen moralischen Appellen, sondern an der breiten Umsetzung beispielhaften und glaubwürdigen Handelns" schreiben die Autoren des Klimapapiers der Bischofskonferenz. Es fehlt nicht an Erkenntnissen, an Taten mangelt es.

Konkrete Projekte

Aber einige haben schon angepackt. Viele kirchliche Einrichtungen haben mittlerweile auf Erneuerbare

erbare Energie umgestellt. Etwa 250 katholische Gemeinden haben eine Solarstromanlage. Mit diesen Leuchtturmprojekten lässt sich breitenwirksam ein gesellschaftlicher Trend anstoßen. Die Bischöfe könnten zusätzlich die "Umsteige-Kampagne" der deutschen Umweltverbände unterstützen, die zum Stromwechsel von Atom zu Erneuerbaren aufruft.

Die ökumenische Initiative "Autofasten" widmet sich dem problematischen Verkehrssektor, der mit seinem stetig wachsenden CO₂-Ausstoß einer der Hauptverursacher des Klimawandels ist. Kirche und Kirchengemeinden können hier mit gutem Beispiel vorangehen, Flugreisen und Autofahrten reduzieren und auf eine "umweltfreundliche" Fahrzeugflotte umsteigen. Jeder Christ und jede Christin kann das gleiche versuchen.

Klimaschutz und Lebensstil, das gehört zusammen. Deshalb kann die Kirche einen großen Beitrag leisten, wenn sie flächendeckend die Versorgung von kirchlichen Einrichtungen auf Biolebensmittel und fair gehandelte Produktion umstellt, ihre Ländereien nachhaltig und ökologisch bewirtschaftet bzw. verpachtet. Das ist gut für die Entwicklung einer Humusschicht, die das CO₂ bindet.

Rund 150.000 Menschen arbeiten in Deutschland in der Biobranche, ein zifaches gegenüber der von einer Mehrheit abgelehnten Gentechnik, die mehr Arbeitsplätze gefährdet, als neue schafft. Verbraucherinnen und Verbraucher suchen gute Qualität. Gleichzeitig brauchen wir neue Ernährungsmuster, die auch global tragfähig sind. Erfolg haben wir dann, wenn wir die nüchterne Notwendigkeit mit Lebensqualität und sozialer Gerechtigkeit verbinden. Für unsere Kinder und für unsere Mitmenschen weltweit bleiben so die Lebensgrundlagen erhalten.

Bis zu 52 Prozent des Flächenverbrauchs, 27 Prozent des Energieverbrauchs und knapp 13 Prozent des Abfalls gehen auf privaten Verbrauch zurück. Durch geringe Veränderungen im Verhalten könnte schon fast die Hälfte vermieden werden. Den Klimawandel zu bremsen ist eine existenzielle Frage. Wir alle können dafür etwas tun, denn selbst der kleinste Schritt ist ein großer Beitrag, wenn ihn viele tun.

Renate Künast, Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Der Rat der Laien

Aus einer zeitgenössischen Kirche nicht wegzudenken

Bei der Verabschiedung des siebten Diözesanrates der Diözese Rottenburg-Stuttgart hat Bischof Dr. Gebhard Fürst grundsätzliche Ausführungen zu seinem Verständnis der Mitarbeit von Laien in der Kirche und ihrer besonderen Ausprägung in den Räten gemacht, die im Folgenden in Auszügen dokumentiert werden.

Vor 41 Jahren endete in Rom das Zweite Vatikanische Konzil. Ihm verdankt die katholische Kirche herausragende, unser Kirchesein heute bestimmende und gestaltende Beschlüsse. Sie eröffneten der Kirche auf neue Weise den Dialog mit der Welt und christliche Zeitgenossenschaft in ihrer Kultur. Ja, sie eröffneten Dialog und christliche Zeitgenossenschaft nicht nur, sondern erklärten sie zur Wesensäußerung der Kirche.

Dafür steht in herausgehobener Weise der programmatische Auftakt der Pastoralconstitution des Konzils "Gaudium et Spes", wonach wir als Christen in unserem Sein so bestimmt werden, dass wir "Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten" teilen. Das Konzil hat die Kirche auf ein Selbstverständnis verpflichtet, das die Auseinandersetzung mit dem Zeitgenössischen wagt und darin eine Wachheit zeigt, durch die sie sich selbst verändern lässt. Damit sind wichtige Aussagen gemacht für das Selbstverständnis von Christentum und Kirche. War zuvor vielfach von der Kirche als christlicher Sonderwelt ausgegangen worden, zeigten sich nun die geistliche und weltliche Existenz als die beiden Pole der einen Berufung.

Konziliare Neubewertung

In Folge dieser Einsicht, die im Grunde eine urchristliche Wahrheit wiederentdeckte, kam es auch zu einer Neubewertung des kirchlichen Stellenwertes der Laien, also aller Christgläubigen, aller getauften und gefirmten Christen. Im vierten Kapitel der großen Kirchenkonstitution "Lumen Gentium" heißt es, dass die Laien gemeinsam mit den Priestern, Diakonen und Ordensleuten das "Volk Gottes" bilden und sie "des priesterlichen,

prophetischen und königlichen Amtes auf ihre Weise teilhaftig" sind. Die Laien haben also einen spezifischen Anteil an der "Trias des Heiligens, des Lehrens und Leitens" (vgl. LG 21). Vor dem hierarchischen Unterschied wird im Anschluss an die Vorstellung des allgemeinen Priestertums die Gleichheit der Glaubenden betont: "Wenn also in der Kirche nicht alle denselben Weg gehen, so sind doch alle zur Heiligkeit berufen und haben den gleichen Glauben erlangt in Gottes Gerechtigkeit (vgl. 2 Petr 1,1). Wenn auch einige nach Gottes Willen als Lehrer, Ausspender der Geheimnisse und Hirten für die anderen bestellt sind, so walten doch unter allen eine wahre Gleichheit in der allen Gläubigen gemeinsamen Würde und Tätigkeit zum Aufbau des Leibes Christi." (LG 32)

Päpstlicher Rat

Das Konzil und das Kirchenrecht des Codex Iuris Canonici von 1983 haben aus gutem Grund auch zur Beratung des Bischofs verschiedene Räte eingerichtet, die in der Diözese Rottenburg-Stuttgart in dem 1970 gegründeten Diözesanrat zusammengefasst sind. Ich nehme als Bischof diese Räte nicht nur in Kauf, sondern ich brauche sie mit ihrem Rat. Die Räte und Gremien gehören zum pastoralen Leitungsstil, dem ich mich als Bischof verpflichtet weiß und der durch das Nachsynodale Apostolische Schreiben von Papst Johannes Paul II. "Pastores Gregis" von 2003 eindrucksvoll beschrieben ist:

"Die gelebte kirchliche Gemeinschaft soll den Bischof zu einem pastoralen Stil führen, der der Mitarbeit aller immer offener gegenüber steht. Es besteht eine Art Kreislauf zwischen dem, was der Bischof mit persönlicher Verantwortung zum Wohl der seiner Sorge anvertrauten Kirche zu entscheiden hat, und dem Beitrag, den die Gläubigen ihm mittels der beratenden Organe wie Diözesansynode, Priesterrat, Bischofsrat und Pastoralrat leisten können. Die Synodenväter haben es nicht versäumt, auf die Modalitäten der Ausübung der bischöflichen Leitung Bezug zu nehmen, durch welche die pastorale Tätigkeit in der Diözese organisiert wird. Denn die Teilkirche steht nicht nur in Beziehung zum dreifachen Amt des Bischofs (munus episcopale), sondern auch zum dreifachen - prophetischen, priesterlichen und königlichen - Amt des ganzen Gottesvolkes. Alle Gläubigen haben kraft der Taufe in der ihnen eigenen Weise an dem dreifachen munus Christi Anteil. Ihre wirkliche Gleichheit in der Würde und in der Tätigkeit

sorgt dafür, dass alle zur Mitwirkung am Aufbau des Leibes Christi berufen sind, folglich zur Verwirklichung der Sendung, die Gott der Kirche in der Welt anvertraut hat - jeder gemäß seiner eigenen Stellung und seiner eigenen Aufgaben. Jede Art von Differenzierung zwischen den Gläubigen aufgrund der verschiedenen Charismen, Aufgaben und Ämter ist auf den Dienst an den anderen Gliedern des Gottesvolkes hingeordnet. Die ontologisch-funktionale Differenzierung, die den Bischof aufgrund der Fülle des empfangenen Weihenakraments den anderen Gläubigen 'gegenüber' stellt, ist ein Sein für die anderen Gläubigen das ihn nicht aus seinem Sein mit ihnen entwurzelt." (Nr. 44).

Selbstverständliche Dimension der Entscheidung

Alle, die in der Diözesanleitung Verantwortung tragen, brauchen Rat und Beratung. Aber nicht nur aus der Sicht des Bischofs, der Diözesanleitung, sondern auch aus der Sicht der betroffenen Menschen, der Christgläubigen heute, sind Rat, Beratung und Mitwirkung notwendig. Christen leben mitten in unserer Gesellschaft. Beratungs- und Mitspracherechte sind in unserer öffentlichen Kultur selbstverständliche Dimensionen bei der Findung von Entscheidungen. Auch deshalb sind Räte in einer zeitgenössischen Kirche nicht wegzudenken. Sie entsprechen dem Selbstverständnis heutiger Menschen, an dem wir als Kirche nicht vorbeigehen können. Zudem stärkt die Erfahrung, Verantwortung mitzutragen und Entscheidungsprozesse mitgestalten zu können, die Identifikation mit der Kirche als Ganzer. Beratung ermöglicht schließlich, dass Entscheidungen mit breiterem und insgesamt tieferem Sachverstand angebahnt werden und zu einem guten Ergebnis geführt werden können.

Pastoraler Leitungsstil

Ich lasse mich bei diesem meinem pastoralen Leitungsstil auch leiten von einem Kirchenbild, das z.B. von den jeweiligen Kapiteln 12 im Römerbrief (Röm 12, 4-8) und im Ersten Korintherbrief (1 Kor 12, 1-31) inspiriert ist. Paulus spricht dort von den vielen Gaben und fordert dazu auf, dass

alle mit ihren je eigenen Begabungen der Auferbauung der Kirche dienen sollen.

Ein solches Leitungsverständnis minimiert die Entscheidungskompetenz und -verantwortung des Bischofs nicht, es erhöht aber sehr wohl die Qualität der Entscheidungen und zugleich ihre Akzeptanz. Auch die recht verstandene Autorität des Bischofs leidet darunter nicht, sondern seine Leitungsverantwortung wird in recht verstandener Weise gestärkt. Wenn alle Kenntnisse und Erfahrungen in weltlichen Dingen und in Sachen des Glaubens, die gegeben und vorhanden sind, zusammengelegt werden können, optimieren solche Beratungs- und Mitwirkungsprozesse die erzielten Ergebnisse. Wir sind es gemeinsam den Christgläubigen in den Kirchengemeinden, katholischen Einrichtungen und Verbänden, wo immer sie sich aufhalten und in welchen Situationen sie auch immer sind, schuldig, dass möglichst gute Beratungsergebnisse, pastorale Konzepte und Anregungen zustande kommen.

So stark sind Finanzen nie zurück gegangen, so stark war der Umbruch nie zu spüren, nie mussten wir so vieles umstrukturieren wie in den zurückliegenden Jahren. Wenn wir diesen Abschmelzungsprozess angegangen sind, wenn wir diesen Veränderungen Rechnung getragen haben, ohne dass es zu Verwerfungen, zu frustrierter Stimmung im Diözesanrat der Diözese Rottenburg-Stuttgart gekommen ist, dann ist das ein Zeichen eines fruchtbaren Beratungsprozesses und Miteinanders zugunsten der Menschen in unserem Bistum.

Beratung, Mitwirkung, Zusammenarbeit, Konsultation und Entscheidung, all das ist kein Selbstzweck oder bloßes Pastoralmanagement. Ich begreife all dies als Mitwirkung einer missionarischen Kirche an der Verwirklichung des Reiches Gottes.

Dabei bleibt unbestritten, dass die Notwendigkeit zur Entscheidung weiter reicht als die Fähigkeit der Erkenntnis (I. Kant). Ohne das Wirken des Heiligen Geistes, um das wir immer wieder bitten müssen und auf das wir vertrauen dürfen, bleibt alle Beratung vergeblich.

Dr. Gebhard Fürst, Bischof von Rottenburg Stuttgart, Geistlicher Assistent des Zdk

Herausforderungen

Dritte Europäische Ökumenische Versammlung

Unter dem Motto "Das Licht Christi scheint auf alle - Hoffnung auf Erneuerung und Einheit in Europa" wird im September 2007 im rumänischen Sibiu die Dritte Europäische Ökumenische Versammlung stattfinden. Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung waren die Stichworte, die das Entstehen und den Verlauf der Ökumenischen Versammlungen seit den 1980er-Jahren maßgeblich geprägt haben. Was sind die Herausforderungen, denen sich die Versammlung in Sibiu insbesondere mit Blick auf die Eine Welt stellen muss?

Es ist ernüchternd zu sehen, dass viele der Probleme, die bereits bei den Ökumenischen Versammlungen in Basel (1989) und in Graz (1997) auf der Tagesordnung standen, heute nicht weniger weit von einer Lösung entfernt sind als damals. Stichwort Frieden: Bemühungen, Krieg und Gewalt als Mittel der Politik zurückzudrängen, Gewaltpotentiale auszutrocknen und den Einsatz von Gewaltmitteln strikt an das Recht zu binden, war aufs Ganze gesehen wenig Erfolg beschieden. Stichwort Gerechtigkeit: Die Massenarmut in den Ländern des Südens ist alles andere als überwunden. Etwa 1,3 Milliarden Menschen fehlt heute das zu einem menschenwürdigen Leben Nötigste. Stichwort Schöpfung: Der rasante Verbrauch von Ressourcen, die Verschmutzung unseres Planeten und die Anreicherung der Atmosphäre mit klimabeeinträchtigenden Stoffen gehen weiter.

Wir dürfen es jedoch nicht bei dieser Oberflächenbetrachtung bewenden lassen. Die Problemstellungen wandeln sich. Das Gesamtbild der globalen Wirklichkeit verändert sich mit rasanter Geschwindigkeit. Zu diesem Prozess gehört auch, dass alte Probleme und Konflikte in neuer Gestalt auftreten oder neue Dynamik gewinnen. So will ich hier wenigstens einige Entwicklungen nennen, die in unsere heutige Analyse der globalen Wirklichkeit eingelesen werden müssen und an denen unsere Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung nicht vorbeigehen kann.

Religiös-kulturelle Konfliktfaktoren

Hier ist zunächst zu nennen: die enorme Unruhe, die die islamisch geprägten Weltregionen, aber auch manche Muslime in Europa erfasst hat. Dabei sollte nicht nur an den 11. September 2001 und an den dschihadistischen Terror gedacht werden, sondern an das Gesamtphänomen einer religiös-weltanschaulichen Verhärtung und Radikalisierung sowie der kulturellen Abgrenzung gegenüber den Werten Europas. Wie immer man die Ursachen meint bestimmen zu können: Um die Feststellung, dass wir es mit einer Bewegung von globaler Bedeutung und erheblichem Konfliktpotential zu tun haben, ist kaum herumzukommen. Gleichzeitig ist die Ratlosigkeit, wie damit umzugehen sei, geradezu mit Händen zu greifen. Dass eine von außen - notfalls mit militärischen Mitteln - erzwungene Modernisierung und Demokratisierung der muslimischen Welt eine Lösung darstellen könnte, glaubt inzwischen kaum noch jemand. Darüber sollte jedoch keinesfalls übersehen werden, dass die in unseren Kirchen gerne gepflegte Rede von "Respekt" und "Dialog" bislang eher von Ratlosigkeit als von konzeptioneller Klarheit zeugt. Tatsächlich werden wir uns eingestehen müssen, dass es Christen und Muslimen, Europäern und Orientalen ganz fundamental an einer gemeinsamen Sprache fehlt, um die zunehmenden kulturellen Brüche zwischen den Denk- und Lebenswelten zu überwinden. Die Aufgabe, die innerhalb der islamischen Welt aufgebrochene Identitätssuche als fundamentale Herausforderung christlichen Friedens- und Gerechtigkeitshandelns zu begreifen, liegt im Wesentlichen noch vor uns.

Eine zweite Bemerkung: Man kann die Unruhe innerhalb der islamischen Welt als Ausprägung einer weiterreichenden historischen Bewegung verstehen. In vielen Teilen der Welt - auch in Europa - wachsen Widerstände gegen die kulturellen Vereinheitlichungstendenzen, die vor allem durch die ökonomische Globalisierung vorangetrieben werden. Kulturelle, ethnische und nationale Identitätsbildungen gewinnen neues Gewicht, und Geschichte und Religion werden zum Rohstoff einer Identitätspolitik, die nicht selten mit Abgrenzung, Exklusion und gewalttätigen Konflikten einhergeht. Man muss in Europa nur auf den Balkan, auf einige Teile der ehemaligen Sowjetunion oder aber auch auf Nordirland oder das Baskenland blicken, um hier konkrete Anschauung zu gewinnen. Nicht nur aufgrund ihres fundamentalen Interesses an einer

Förderung des Friedens können sich die Kirchen Europas diesen Entwicklungen gegenüber nicht gleichgültig verhalten. Sie selbst nämlich sind mindestens indirekt involviert, insofern Religion oder Konfession faktisch - und sei es auch gegen den Willen der Kirchenleitungen - als Abgrenzungsmerkmal in diesen Auseinandersetzungen fungiert. Derart herausgefordert, müssen wir prüfen, auf welchen Wegen wir als Kirchen das Ringen um Identitäten in friedensverträgliche Bahnen lenken können: Wie können wir, die wir nolens volens Teil des Problems sind, Teil der Lösung werden?

Herausforderung Globalisierung

Drittens: Ganz offensichtlich führt die wirtschaftliche Globalisierung zu markanten Änderungen der sozialen Landkarte. Bestimmte Länder (vor allem in Süd- und Südostasien) erleben eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung, andere (vor allem im subsaharischen Afrika) werden immer weiter abgehängt. Zugleich nimmt der soziale Zusammenhalt in den einzelnen Gesellschaften unter dem Druck des weltweiten Wettbewerbs ab. Auch die traditionellen Industrieländer Europas verändern sich. Die Globalisierung bringt auch hier Gewinner und Verlierer hervor. Unübersehbar führt die Globalisierung zu einer Konkurrenz um Arbeitsplätze und Einkommen, von der in Europa vor allem die unteren Schichten betroffen sind.

Ohne die positiven Wirkungen der ökonomischen Globalisierung in Abrede stellen zu wollen, sind mehrere hoch problematische Entwicklungstendenzen festzustellen: 1. Die soziale Balance droht überall geschwächt zu werden. Dies hat Auswirkungen auf die innere Stabilität ganzer Nationen und auf deren Friedensfähigkeit nach außen. 2. Angesichts der globalen Mobilität des Kapitals sinkt die politische und ökonomische Steuerungsmacht der klassischen Nationalstaaten. Mindestens tendenziell stellt dies auch das Konzept der Demokratie in Frage. 3. Der globale Wettbewerb verschiebt die Gewichte zwischen Kapital und Arbeit. Die Verhandlungsmacht der abhängig Beschäftigten schwindet. 4. Die globalen Umweltprobleme verschärfen sich - auch durch die Beiträge der neuerdings wirtschaftlich erfolgreichen Staaten (vor allem in Asien).

Ökonomisierung entgegentreten

Schon diese kurze Skizze zeigt, dass in Sibiu die Frage nach der Domestizierung wirtschaftlicher Macht auf der Tagesordnung stehen muss. Das meint zum einen die politische Steuerung der wirtschaftlichen Globalisierung, die unter den heutigen Bedingungen nicht allein von den Nationalstaaten geleistet werden kann, sondern auf wirksame internationale Regime angewiesen ist. Domestizierung ökonomischer Macht - das heißt zum zweiten aber auch, dass wir uns dagegen wehren müssen, alle gesellschaftlichen Lebensfelder und sämtliche Lebensäußerungen der menschlichen Person den Funktionsmechanismen des Marktes zu überantworten. Wenn der Markt zum strukturierenden Prinzip des Lebens schlechthin wird, wenn der Mensch nur noch von seinen Bedürfnissen und von seiner Rolle als Produzent und Konsument her gedacht wird, dann ist alles in eine Abwertungsspirale hineingezogen, was von der christlichen Anthropologie her unabweisbar zum Menschen gehört: seine Fähigkeit, sich von keinem irdischen Bedürfnis abschließend bestimmen zu lassen und die Welt als ganze zu transzendieren; die Fähigkeit, sein Person-Sein dadurch zu behaupten, dass er in keiner Rolle vollständig aufgeht; schließlich auch seine Bereitschaft zu uneigennütigen und dauerhaften Beziehungen, zu Solidarität, Hingabe und Liebe.

Die Charta Oecumenica der europäischen Kirchen (2001) hat das Gegenprogramm zur Totalökonomisierung unserer Lebenswelten mit ihren zerstörerischen Folgen für Mensch, Gesellschaft und die ganze Schöpfung in die Worte gefasst: "Wir verpflichten uns, einen Lebensstil weiter zu entwickeln, bei dem wir gegen die Herrschaft von ökonomischen Zwängen und von Konsumzwängen auf verantwortbare und nachhaltige Lebensqualität Wert legen" (Nr. 9). Es wird lohnen, in Sibiu über Modelle und Formen eines solchen Lebensstils ebenso nachzudenken wie über eine produktive Globalisierungskritik, die die Ambivalenz der Phänomene aushält und jenseits des großen alternativen Weltentwurfs nach gangbaren Schritten in eine humanere Zukunft sucht.

Ulrich Pöner, Leiter des Bereichs Weltkirche und Migration im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz